



Stellungnahme des Sozialverbands VdK Nord e. V.

Zu: Bericht zu Suiziden und zur Suizidprävention in Schleswig-Holstein
Bericht der Landesregierung
Drucksache 20/1771

An den
Sozialausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Katja Rathje-Hoffmann, Vorsitzende des Sozialausschusses
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Sozialverband VdK Nord e. V.
Landesverbandsgeschäftsstelle
Eggerstedtstr. 11 a
24103 Kiel

Telefon: 0431 69023168
Telefax: 0431 69023169
E-Mail: nord@vdk.de

Kiel, 29.04.2024

Der Sozialverband VdK Nord e.V. bedankt sich für die Möglichkeit, eine Stellungnahme einbringen zu können. Als Teil des größten Sozialverbands Deutschland mit mehr als 2,2 Millionen Mitgliedern vertritt der VdK Nord die Mitgliederinteressen in Schleswig-Holstein. Die Sozialrechtsberatung und das soziale Engagement im Ehrenamt zeichnen den Verband aus. Zudem werden die sozialpolitischen Interessen der Mitglieder, insbesondere der Rentner, Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen sowie Pflegebedürftigen und deren Angehörigen vertreten. Als gemeinnütziger Verband finanzieren wir uns allein durch Mitgliedsbeiträge und sind parteipolitisch und konfessionell neutral.

Vorbemerkung

Das Thema „Suizid“ verdrängen wir gerne aus dem Erfahrungsbereich, obwohl mit fortschreitendem Lebensalter das Suizidrisiko steigt. Der Seniorenverband BAGSO, dem auch der Sozialverband VdK angehört, fordert deshalb die gesetzliche Verankerung der Suizidprävention. Hilfe zur Unterstützung in suizidalen Krisen muss leichter zugänglich sein. Es braucht ein Schutzkonzept für Menschen mit Suizidgedanken. Dies sollte auch den Aus- und Aufbau regionaler und überregionaler suizidpräventiver Angebote umfassen sowie die Schaffung einer bundesweit einheitlichen Telefonnummer und Internetseite. Für Risikogruppen sowie für junge und ältere Menschen müsste man spezielle präventive Angebote schaffen. Ebenso ist eine intensive gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Wert und der Würde des Lebens, auch in Grenzsituationen des Alters, erforderlich.

Bericht zu Suiziden und zur Suizidprävention in Schleswig-Holstein

(Drucksache 20/1771) - Bewertung des Sozialverbands VdK Nord

Wie in der Vorbemerkung der vorliegenden Drucksache erwähnt, ist die gesellschaftliche Rolle bei der Suizidprävention von zentraler Bedeutung, um die Präventionsbemühungen zu unterstützen, die psychische Gesundheit zu stärken. Es gilt, die Menschen durch Gemeinschaft und Teilhabe am Leben zu stärken und Wege aus einer Krise aufzuzeigen.

Als Risiko für die Entwicklung von Suizidalität werden in der vorliegenden Drucksache „psychosoziale und gesellschaftliche Faktoren“ benannt wie insbesondere „fehlendes Zugehörigkeitserleben bzw. eine mangelhafte Integration in Familien-, Berufs- oder Gesellschaftsstrukturen, sowie das Gefühl, für andere eine Last zu sein“. Die Forderung des VdK nach einem starken Sozialstaat, um den Zusammenhalt der Gesellschaft und jedem Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu garantieren, spielt auch hier eine bedeutende Rolle. Die Menschen müssen in allen Lebensumständen und in jedem Alter auf die Stärke der Gemeinschaft vertrauen können.

Immobilität durch Beeinträchtigungen, Krankheit, Alter, fehlende finanzielle Mittel, fehlende Verkehrsanbindungen und anderes mehr begünstigen Einsamkeitsgefühle, das Gefühl des Nicht-dazu-Gehörens und des Zur-Last-Fallens und somit auch das Entstehen suizidaler Gedanken. „Gemeinschaft fördern“ – ein Motto des Sozialverbandes VdK Nord – ist von brisanter Bedeutung in diesem Themenkomplex.

Weiter gehören flächendeckende Aufklärung und rund um die Uhr erreichbare Hilfsangebote zu den wichtigsten Maßnahmen, um Menschen vom Suizid abzuhalten. Lokale Krisendienste, Beratungsstellen und Selbsthilfegruppen sind zu wenig vorhanden, in ländlichen Regionen zum Teil schwer erreichbar und häufig auch überfüllt. Es gilt, diese Angebote flächendeckend auszubauen.

Außerdem setzt sich der VdK Nord schon seit Jahren für die Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen ein, damit betroffene Menschen sich nicht alleine gelassen fühlen und sich trauen, um Hilfe zu bitten. Mehr Aufklärung in der Gesellschaft über psychische Erkrankungen ist notwendig, um im Umgang mit Betroffenen angemessen reagieren zu können und um Alarmzeichen zu erkennen, die ernst genommen werden sollten.

Betroffene sollten die Möglichkeit haben, möglichst schnell professionelle Hilfe zu erhalten. Die Wartezeit vom Erstgespräch bis zum Beginn der Therapie ist zu lang. Es gibt zu wenig Psychotherapeutinnen und -therapeuten, die eine Kassenzulassung haben und mit der Krankenkasse abrechnen können. Es darf aber nicht der Geldbeutel über die Verfügbarkeit einer medizinischen Versorgung entscheiden. Genügend Therapieplätze müssen flächendeckend angeboten werden, die auch Kassenpatientinnen und -patienten zur Verfügung stehen. Die Bedarfsplanung der Psychotherapiesitze muss gesetzlich verankert und flächendeckend umgesetzt werden.